

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 36/39
Telefax: 866648 pbbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Prof. Gert Weisskirchen
MdB erläutert die neue
Lage in Moskau: Die
neue Sowjetunion ent-
steht.

Seite 1

Dr. Eberhard Brecht
MdB skizziert die Auf-
gaben des Unteraus-
schusses zur UNO-
Reform.

Seite 2

Dokumentation:
Robert Antretter MdB,
hat das Konzept einer
europäischen Politi-
schen Union kommentiert. Seine Ausführungen
im Wortlaut.

Seite 3

46. Jahrgang / 172

9. September 1991

Die neue Sowjetunion entsteht Nach der Diktatur des Kommunismus

Von Prof. Gert Weisskirchen MdB

Die Gestalt eines neuen Bundes schält sich allmählich heraus aus der untergegangenen Sowjetunion. Aufeinander abgestimmtes Handeln der drei starken Präsidenten Michail Gorbatschow, Boris Jelzin und Nursultan Nasarbajew zwangen den Kongreß der Volksdeputierten zur Aufgabe seiner schwachen parlamentarischen Aktionsbasis. Der Druck der Erneuerung verlangte seine Auflösung. Formal werden die Deputierten bis zum Ende ihrer Wahlperiode amtiert können. Wirkliche Entscheidungen jedoch werden sie nicht mehr fällen. Entstanden im Schoß der gestorbenen Partei, teilt der Deputiertenkongreß ihr Schicksal. Das Vakuum, das dem Zerfall der Union zu folgen drohte, wurde falsch und notdürftig aufgefüllt. Die neuen Organe spiegeln die Machtverschiebung wieder. Die Republiken werden künftig erheblich die Politik einer wiedererstehenden Union bestimmen. Die zentralen exekutiven Aufgaben werden schlanker. Die Rolle des Unionspräsidenten wird zurückgenommen. Die beiden Kammern des Obersten Sowjets, Unionsrat und Rat der Republiken, sind verankert in ihren sie entsendenden Republiken. Die Pflicht ihrer ständigen Rückkopplung an ihre jeweiligen Parlamente unterstreicht die neuen Machtverhältnisse.

Die Fließrichtung der Macht ist umgekehrt worden. Sie speist sich aus den Regionen, nicht mehr aus dem Zentrum. Die Präsidenten der Republiken werden die Schlüsselpersonen der Verteilung der Macht. Vom zentristisch präsidentiellen politischen System, das sich auf Moskau orientiert, geht die Union viele Wege in multi-zentrierte präsidentielle politische Systeme, die von Moskau her koordiniert werden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendete Lösung
aus 100% recyceltem
Recycling-Papier



Entscheidend bleibt Rußland. Nur sein Charakter hat sich gewandelt. Nicht mehr der Sitz der Kommunistischen Partei macht sein Gewicht aus, sondern sein Sieg über den Putsch. In Rußland entscheidet sich schließlich die Zukunft der Demokratie in der Union. Noch wird die politische Atmosphäre in Rußland geprägt vom Glauben an die großen Persönlichkeiten. Noch sind die demokratischen Bewegungen schwach. Aber sie haben sich auf den Weg gemacht. Die präsidentiellen Machtsysteme müssen ihre parlamentarische Basis erst finden. Auf der Suche nach der inneren Balance wachsen die Strukturen der zivilen Bürgergesellschaft herauf. Noch haben sie ihre volle Kraft nicht erreicht. Aber die Republiken werden sie brauchen, um die Gefahren abzuwehren, vor denen sie stehen.

Die alte Klammer der Sowjetunion war die Diktatur des bürokratischen Kommunismus. Die neuen Klammern werden Freiheit und Demokratie sein. Von unten wird sich ein neuer Bund integrationswilliger Staaten gründen. Dazwischen kann sich die Versuchung des Autoritarismus schieben. Paart er sich mit überschäumendem Nationalismus, dann wird der neue Bund scheitern. Gelingt es jedoch, die demokratischen Bewegungen zu stärken, damit sie die Parlamente der entstehenden souveränen Staaten entscheidend beeinflussen, dann wird die Union wieder auferstehen.

(-/9. September 1991/rs/fr)

Überfällige Diskussion

Ein neuer Unterausschuß zum Thema UNO/weltweite Organisationen

Von Dr. Eberhard Brecht MdB

Der Beschluß des Auswärtigen Ausschusses, einen Unterausschuß einzusetzen, der sich mit einer künftigen Reform der UNO und ihren weltweiten Organisation befaßt, macht deutlich, daß die deutsche Politik und insbesondere das deutsche Parlament die gewachsene Bedeutung der Weltorganisation in der internationalen Politik erkannt haben und daß sie willens sind, an ihren Aufgaben, die sich auf die Friedenssicherung, die friedliche Streitbeilegung, die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Schutz der Menschenrechte beziehen, aktiv teilzunehmen.

Wie der Anspruch der UNO, an der Lösung der mit diesen Prozessen verbundenen Problemen mitzuwirken, eingelöst werden kann, hängt natürlich auch davon ab, inwieweit die Hauptorgane und die zahlreichen Sonderinstitutionen, also das sogenannte UNO-System, funktions-tüchtig strukturiert und die Arbeitsweisen effizient ausgerichtet sind. Die Reformdiskussion der vergangenen Jahre hat deutlich gemacht, daß die Struktur der UNO zu schwerfällig ist, daß die Aufgabenfelder der einzelnen Organe, Ausschüsse und Sonderorganisationen nicht klar definiert und daß ihre Aktivitäten schlecht koordiniert sind.

Darüberhinaus besteht ein Anpassungsbedarf des UNO-Systems an die veränderte Weltentwicklung. Der Zweite Golfkrieg hat die Diskussion um die Handlungsfähigkeit und die -kompetenzen des Sicherheitsrates, der als Schlüsselorgan des "Systems kollektiver Sicherheit" jahrzehntelang durch den Ost-West-Gegensatz und die Bipolarität der Supermächte paralyisiert wurde, erneut entfacht.

Wenn auch sicherheitspolitische Überlegungen im engeren Sinne zur Reform der UNO eher noch ein Echo in der politischen Öffentlichkeit gefunden haben als andere Problembereiche, so bleibt doch festzuhalten, daß die thematische Breite des UNO-Systems und der UNO-Aufgaben und deren Gewicht in der internationalen Politik damit noch nicht einmal im Ansatz erfaßt ist.

Der Diskussion über eine erforderliche Strukturreform der UNO wird ein erweiterter Sicherheitsbegriff zugrunde liegen, der nicht allein militärische Maßnahmen umfaßt, sondern auch die Lösung der ökologischen Probleme, die Beseitigung der gravierenden Wohlstandsunterschiede zwischen Nord und Süd und nicht zuletzt den wirksamen Schutz der Menschenrechte.

Angesichts der wachsenden Interdependenz der Staaten und Völker, die jede Krise unmittelbar sichtbar macht, kann man sich eine resignative oder teilnahmslose Haltung gegenüber der UNO und ihrer Reform politisch nicht leisten - auch und gerade die deutsche Politik nicht. Nur aus einer rein machtpolitischen Blickverengung heraus wird man urteilen können, daß die UNO bisher wenig hat ausrichten können. Hier sei nur an den Friedensnobelpreis für die Friedensoperationen der "Blauhelme" erinnert. Daß die Weltorganisation mehr leisten könnte und müßte, um der schweren Aufgabe der Friedenssicherung in ihrer ganzen Komplexität besser gerecht zu werden, ist unbestritten. Wer das will, wird ohne reformerische Verzögerung und ohne Überschwang versuchen, die UNO zu stärken. Es wäre zu wünschen, daß der Unterausschuß des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages mit seiner Arbeit dazu beitragen könnte.

(-/9. September 1991/ru/fr)

DOKUMENTATION

Ein Vertrag von historischer Bedeutung

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Robert Antretter sprach am vergangenen Wochenende bei einer Regionalkonferenz der SPD Baden-Württemberg in Heilbronn zur "Politischen Union Europas". Er ging dabei auch auf die Problematik der "Renaissance des traditionellen, nach außen abgeschotteten, souveränen Nationalstaats" ein. Wir veröffentlichen die wichtigsten Teile der Rede Antretters, der auch stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion und Sprecher der deutschen Sozialdemokraten in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ist.

1.

Der neue Unionsvertrag ist von weitreichender historischer Bedeutung. In Osteuropa erleben wir derzeit eine Renaissance des traditionellen, nach außen abgeschotteten, souveränen Nationalstaates. Die Rückkehr zum autonomen Kleinstaat kann aber kein Ordnungsmodell für die Zukunft des europäischen Kontinents sein, weil der Nationalstaat längst nicht mehr zur Lösung globaler Probleme und Herausforderungen in der Lage ist und die meisten Nationalstaaten entsprechen auch nicht mehr dem klassischen Bild einer ethnisch geschlossenen Einheit. Die in Jugoslawien aufgebrochenen Nationalitäten- und Minderheitenkonflikte zeigen uns, welcher sicherheitspolitische Sprengstoff in Osteuropa vorhanden ist.

2.

Um so wichtiger ist der neue Unionsvertrag der in der EG zusammengeschlossenen Staaten. Sie müssen jetzt unter Beweis stellen, daß der europäische Integrationsprozeß über den Abbau der wirtschaftlichen Grenzen hinaus reicht und nunmehr eine neue prä-föderale Qualität annimmt. Wir wollen die Vereinigung Europas, aber wir wollen keine uniforme Gleichheit, sondern eine Einheit in der Vielfalt, die den Mitgliedstaaten ihre nationale Identität beläßt, aber die Aufgaben in der Politik dort ansiedelt, wo sie am effizientesten, und möglichst nahe am Bürger gelöst werden können. Gleichzeitig müssen wir das Bewußtsein stärken, daß wir in der EG auch einer Solidargemeinschaft angehören. Deshalb müssen jetzt die Voraussetzungen geschaffen werden, daß sich die Lebens- und Arbeitsverhältnisse in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft angleichen.

3.

Die EG ist ein Modell für das neue multikulturelle Europa. Das Bewußtsein in einer gemeinsamen kulturellen Identität verwurzelt zu sein, muß jetzt deutlich werden, deshalb sind weitere Schritte zu einem "Europa der Bürger", die eine eigene Unionsangehörigkeit besitzen, so wichtig. Die Union muß zusätzliche Rechte neben den in den nationalen Verfassungen verbürgten Grundrechten garantieren.

Ich denke da insbesondere an ein alle EG-Bürger betreffendes Diskriminierungsverbot. Europas Fortentwicklung zur Politischen Union muß für die Bürger im Alltag erfahrbar werden.

4.

Betrachtet man die bisher vorliegenden Ergebnisse der Regierungskonferenzen, so fällt auf, daß die Bestimmungen über die Währungsunion wesentlich detaillierter sind. Sie enthalten konkrete Stufenpläne und vor allem das Ziel einer einheitlichen Währung. Diese Währungsunion wird entscheidende Änderungen in der nationalen Haushalts- und Geldpolitik erbringen. Wir wollen aber Fortschritte in beiden Regierungskonferenzen, sowohl in der Konferenz zur Politischen Union und in der Konferenz in der Währungsunion. Ohne eine prä-föderal verfaßte Politische Union darf es keine Währungsunion geben. Die Bestimmungen über die Politische Union sind wesentlich vager abgefaßt und lassen erkennen, daß bei den Mitgliedstaaten keine Übereinstimmung über die institutionelle Endstufe der Politischen Union vorhanden ist. Deshalb haben die Regierungskonferenzen auch angesetzt bei der Beseitigung von feststellbaren Defiziten der Europäischen Gemeinschaft.

5.

Diese Defizite liegen in der mangelnden Effizienz beziehungsweise Wirksamkeit des Beschlußfassungsverfahrens, in der unzureichenden demokratischen Legitimität der Organe der Gemeinschaft und in dem fehlenden geschlossenen Auftreten der Gemeinschaft in der internationalen Politik. Bei der Umsetzung des Binnenmarktprogrammes mußten wir feststellen, daß überall dort, wo Einstimmigkeit im Ministerrat gefordert ist, keine Fortschritt möglich waren. Das zeigte sich bei der Steuerharmonisierung und vor allem bei der Fortentwicklung der sozialen Dimension. Seit der feierlich verkündeten Sozialcharta im Dezember 1989 hat der Ministerrat kein einziges sozialpolitisches Vorhaben beschlossen, die vor allem für teilzeitbeschäftigte Frauen besonders wichtige Vorschläge zur Regelung der atypischen prekären Arbeitsverhältnisse liegen seit zwei Jahren auf Eis, weil eine Regierung - Großbritannien - das Beschlußfassungsverfahren blockieren kann. Wenn die Europäische Gemeinschaft erweitert werden soll, kommen wir an Mehrheitsentscheidungen nicht mehr vorbei. Aber auch echte Mitentscheidungsrechte des Parlaments und klare Fristen bei den anstehenden Entscheidungen werden die Effizienz im Beschlußfassungsverfahren erhöhen. Und schließlich muß auch gewährleistet werden, daß die Mitgliedstaaten die Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft rechtzeitig umsetzen.

Nicht nur Italien hat hier erhebliche Defizite aufzuweisen, auch die deutsche Bundesregierung hat zum Beispiel die EG-Trinkwasserrichtlinie und andere Umweltgesetze der EG nicht rechtzeitig umgesetzt.

Seit einigen Jahren beobachten wir im Bundestag, daß immer mehr Entscheidungskompetenzen nach Brüssel verlagert werden, aber dort eine demokratisch nicht legitimierte Bürokratie - die Kommission - bestimmt, ob ein Gesetzesvorschlag unterbreitet wird. Anschließend werden diese Gesetzesvorschläge hinter verschlossenen Türen von den nationalen Ministern in Form von faulen Kompromissen ausgetauscht. Das Trauerspiel um die europaweite Einführung des umweltfreundlichen Autos führt uns vor Augen, wie sehr die Selbstblockade in Brüssel nationales Handeln lähmen kann. Deshalb bestehen wir auf einem Initiativrecht und einem echten Mitentscheidungsrecht für das Europäische Parlament. Jeder sieht tagtäglich auf den Straßen, wie sehr wir von der LKW-Schwemme mittlerweile überrollt werden. Auch das ist eine Folge dieses undemokratischen Beschlußfassungsverfahrens der Europäischen Gemeinschaft, denn das Europäische Parlament hat schon 1987 geeignete Lösungsvorschläge für die Anlastung der Wegekosten der ausländischen PKWs ausgearbeitet und ein Konzept für eine europäische Infrastrukturpolitik vorgelegt. Leider konnte sich das Parlament mit seinen Vorstellungen nicht durchsetzen, weil der Verkehrsministerrat in Form von faulen Kompromissen einseitig die Libe-

ralisierung der Verkehrsmärkte beschlossen hat. Der Luxemburger Vorentwurf ist in seinen Bestimmungen über das Mitentscheidungsrecht des Europäischen Parlamentes völlig unzureichend, denn er beschränkt dieses neue Verfahren nur auf mehr Jahresprogramme im Umweltbereich in der Planung für transnationale Netze und ähnliches. Das entspricht nicht unseren Vorstellungen eines echten Mitentscheidungsverfahrens, wie es auch von der Konferenz der europäischen Parlamente im November letzten Jahres als Forderung aufgestellt worden ist.

6.

Abschließend noch ein Wort zu dem geforderten geschlossenen internationalen Vorgehen der Europäischen Gemeinschaft. Der Golfkrieg und der Bürgerkrieg in Jugoslawien zeigen, mit welchen Zukunftsherausforderungen wir konfrontiert sind. Wir brauchen für ein künftiges geschlossenes internationales Vorgehen klare Regeln für ein Initiativrecht der Kommission und wenn möglich auch für das Parlament, verbindliche Mehrheitsabstimmungen im Ministerrat, (beispielsweise bei Fraktionen) und ein wirksames geschlossenes Auftreten im Krisenmanagement der KSZE und der UNO. Was wir angesichts dieser neuen Nationalitäten- und Minderheitenkonflikte nicht brauchen, sind europäische Eingreiftruppen, die beispielsweise für neokoloniale Abenteuer mobilisiert werden können oder als Hilfstruppen des Pentagon agieren. Großbritannien und die Niederlande wollen in der Westeuropäischen Union eine Planungsstelle zum Aufbau einer europäischen Eingreiftruppe aufstellen. Diesem Vorhaben stellen wir unseren entschiedenen Widerstand entgegen. Wenn vor allem Frankreich so sehr an einer gemeinsamen Verteidigungspolitik liegt, dann bestünde ein erster Schritt darin, endlich mit dem europäischen Partner in einen politischen Dialog über die französische militärische Nuklearplanung einzutreten. Noch immer sind französische nukleare Kurzstreckenwaffen auf deutsches Gebiet gerichtet. Wie diese einseitige nationale Verteidigungsplanung mit dem Ziel einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu vereinbaren ist, weiß wohl auch niemand in Paris.

(-/9. September 1991/rs/fr)
